



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Inge Aures, Annette Karl, Natascha Kohnen, Diana Stachowitz, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Florian von Brunn, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

### Frauen bei Anstieg häuslicher Gewalt schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um von Gewalt bedrohte Frauen zu schützen, die durch die Corona-Krise in besondere Bedrängnis geraten. Gemeinsam mit den Städten, Landkreisen und Gesundheitsämtern muss die notwendige bedarfsgerechte Ausweitung der Kapazitäten der Frauenhäuser umgesetzt werden. Kurzfristig müssen dafür zusätzliche Wohnangebote – etwa in Hotels – für eine sichere Unterbringung für Opfer der häuslichen Gewalt und dafür Finanzierungshilfen bereitgestellt werden.

#### **Begründung:**

Mit den aktuellen Ausgangsbeschränkungen und der wachsenden Isolation der Familien ist eine Zunahme von häuslicher Gewalt zu verzeichnen. Die Menschen sind zurzeit gezwungen, ohne Sozialkontakte auf oft engem Raum zusammenzuleben. Sie sind mit der neuen Situation auf sich gestellt: Viele haben existenzielle Sorgen, die Bewegungsfreiheit ist stark eingeschränkt, Kinder können nicht mehr zur Schule oder in die Kita und die Eltern müssen die Betreuung mit den Tätigkeiten im Beruf oder Homeoffice vereinbaren. Nicht bewältigte Stressfaktoren werden jetzt erst recht Aggressionen fördern. Diese Belastungen haben auch in Bayern zu einem Anstieg der Zahl von Gewalt bedrohter Frauen und Kinder geführt. Landesweit melden Frauenhäuser, dass mehr Frauen als bisher nach Hilfe suchen. Die Nachfrage erhöht sich jetzt täglich. Regeln zur Eindämmung des Virus zwingen außerdem zu Abstandsgeboten und einer Reduzierung der Plätze.

Der ohnehin bestehende Mangel an Plätzen in Frauenhäusern in Bayern wird durch eine weitere Verschärfung der Situation viele bedrohte Frauen in einer ausweglosen Situation allein zurücklassen.

So müssen jetzt gemeinsam mit den Städten, Landkreisen und den Gesundheitsämtern kurzfristige Alternativen für eine sichere Unterbringung für Opfer der häuslichen Gewalt gefunden werden. Sollten Frauenhäuser etwa von einer Quarantänemaßnahme betroffen sein, müssten hier ebenfalls schnelle Lösungen umgesetzt werden. Möglich wäre eine Unterbringung in Hotels oder leerstehenden Apartments.

Jetzt müssen zum Schutze der von Gewalt bedrohten Frauen schnellstens unbürokratische Lösungen gefunden und finanziell unterstützt werden.